

«Bei Sustainable Finance gibt es eine eklatante Diskrepanz zwischen Führungsanspruch und Realität.»

Schweizer Finanzplatz: Auf dem Weg in eine klimaverträgliche Zukunft?

—
Gerhard Andrey

—
Raphael Noser

Die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius verlangt eine ambitionierte ökologische Transformation der Wirtschaft. Als weltweit grösster Verwalter von grenzüberschreitenden Vermögen trägt der Schweizer Finanzplatz dabei eine besondere Verantwortung. Noch zu oft geht aber vergessen, dass die konsequente Ausrichtung der Wirtschaft und des Finanzplatzes auf die Nachhaltigkeit eine Chance darstellt, die die Schweiz zu verpassen droht.

«Die Schweiz soll ein führender Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen sein»: Das ist kein Zitat der GRÜNEN, sondern der Titel der Medienmitteilung des Bundesrates, als dieser im Juni 2020 die Leitlinien zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor verabschiedet hat.¹ Diese Feststellung des Bundesrates ist ebenso wichtig wie nötig.

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz nämlich verbindlich dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Bereits dieser begrenzte Temperaturanstieg hat Konsequenzen: Wetterextreme wie Dürren, Überschwemmungen oder Stürme häufen sich schon heute in einem immensen Ausmass. Auch die Schweiz verändert

sich, und dies nicht nur in den Bergen, wo die Gletscher rasant wegschmelzen. Die Landwirtschaft leidet an ungewöhnlich langen Dürreperioden, immer schneeärmere Winter sind eine Belastung für die Vegetation, ausgetrocknete oder zu warme Gewässer bieten den Fischen oftmals keinen sicheren Lebensraum mehr. Die Klimaerhitzung, die Umweltverschmutzung und der damit zusammenhängende Verlust von Lebensräumen und der Biodiversität sind zudem die grössten gesundheitlichen Bedrohungen unserer Zeit.

Die Schweiz muss also dringend klimaneutral werden und den Rückgang der Biodiversität aufhalten. Sie ist heute aber immer noch weit davon ent-

fernt, dieses Ziel zu erreichen. So lagen beispielsweise die Emissionen aus dem Verkehr 2019 noch immer über denjenigen von 1990. Und auch der neueste Bericht des Weltklimarates vom August 2021 zeigt: Die Klimakrise schreitet ungebremst voran.² Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz muss die Schweiz jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Pariser Klimaziele doch noch erreicht werden.

Führungsanspruch und Realität

Wenn die Schweiz ihre Klimaziele erreichen will, dann muss auch der Schweizer Finanzplatz seinen Beitrag leisten. Doch in Bezug auf einen nachhaltigen Finanzplatz herrscht heute eine eklatante Diskrepanz zwischen dem durch den Bundesrat und die Branche geäusserten Führungsanspruch und der Realität: Ein Bericht von Greenpeace Schweiz zeigt, dass allein die zwei Grossbanken UBS und Credit Suisse durch die Finanzierung der internationalen Kohle-, Öl- und Gasbranche jedes Jahr mehr Emissionen mitverantworten, als innerhalb der Schweiz insgesamt ausgestossen werden.³ Mit seinen Investitionen trägt der Schweizer Finanzplatz heute zu einer Erderhitzung von vier bis sechs Grad Celsius bei.⁴

Es ist also höchste Zeit, dass die Finanzflüsse auf ein 1,5-Grad-Celsius-Erwärmungsszenario umgeleitet werden, wie das auch das von der Schweiz ratifizierte Pariser Klimaabkommen fordert. Damit dies gelingt, müssen insbesondere drei Bedingungen erfüllt sein.

Erstens braucht es einen sofortigen Finanzierungsstopp für die Neuerschliessung von Reserven und für die Förderung besonders klimaschädlicher fossiler Brennstoffe wie Kohle oder Öl aus Teersand und Fracking. Da bereits jetzt schon mehr Brennstoffreserven vorliegen, als jemals verbrannt werden dürften, wenn wir ein 1,5-Grad-Celsius-Szenario einhalten wollen, gibt es keine Berechtigung mehr für die Finanzierung solcher Aktivitäten.

Damit die Finanzflüsse auf die Erreichung der Klimaziele ausgerichtet und Unternehmen in ihren Anlageentscheiden unterstützt werden kön-

nen – und um Greenwashing zu verhindern – braucht es, zweitens, klare Definitionen darüber, welche wirtschaftlichen Tätigkeiten und Anlagen als (ökologisch) nachhaltig eingestuft werden dürfen. Mit der EU-Taxonomie liegt nun zumindest ein erster Mindeststandard vor. Weil der Standard mit der Aufnahme der Atomkraft und fossilem Gas durch die Interessen einzelner Länder zu stark politisiert wurde, bietet sich der Schweiz eine einmalige Ausgangslage: Als Dienstleistungsland mit wenig Schwerindustrie kann sich die Schweiz einen entspannteren und damit ehrlichen, wissenschaftlichen Blick auf eine evidenzbasierte Nachhaltigkeitsdefinition leisten.

Drittens braucht es einen Paradigmenwechsel in Bezug auf die Klimarisiken. Für die Ermittlung von Klimarisiken wird noch immer nur das Risiko eines Wertverlusts ermittelt, den beispielsweise eine Aktie eines Unternehmens erleidet, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung oder der Umwelt verändern. Die reale Wirkung der Geschäftstätigkeit eines finanzierten Unternehmens auf das Klima, die Umwelt und die Artenvielfalt wird in dieser Betrachtung ignoriert. Das führt zur absurden Situation, dass heute beispielsweise Aktien einer Erdölfirma schon als nachhaltig eingestuft werden, wenn diese eine Transition ihres Geschäfts angekündigt hat – auch wenn die Firma in der Zwischenzeit weiterhin neue Erdölreserven erschliesst.

Selbst wenn zugegebenermassen ein Umdenken stattfindet, so haben es sowohl der Bundesrat als auch die Finanzbranche bisher verpasst, diese Entwicklungen mit einer genügenden Vehemenz voranzutreiben. Statt die internationalen Entwicklungen mitzuprägen und sich glaubwürdig zu positionieren, begnügt man sich damit nachzuvollziehen, was andere Märkte und Länder bereits vorgeben. Das wird zunehmend auch zum Wettbewerbsnachteil, denn nachhaltige Finanzanlagen dürften angesichts der internationalen Entwicklungen und des zunehmenden Willens, regulierend in die Märkte einzugreifen, schon bald zum Standard werden. Die Schweiz droht nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch in unternehmerischer Hinsicht von den internationalen Entwicklungen und der Konkurrenz abgehängt zu werden.

Und die Versicherer?

Versicherer haben ein doppeltes Interesse daran, dass die Pariser Klimaziele erreicht werden: Sie können damit nicht nur unternehmerische Risiken verringern, sondern sich auch zukunfts-fähige Geschäftsfelder erschliessen. Ersteres gilt besonders für die Schadens- und Rückversicherer, bei denen sich beispielsweise die Zunahme von Extremwetterereignissen direkt auf ihre Geschäftsergebnisse auswirkt. Allein die Flutkatastrophe in Deutschland im Sommer 2021, die fast 200 Menschenleben gekostet hat, führte zu Versicherungsschäden von rund sieben Milliarden Euro. Die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Ereignisse nimmt stetig zu, solange die Erderhitzung nicht gestoppt wird.

Darüber hinaus verwalten Vorsorgeeinrichtungen, Pensionskassen, Anlagestiftungen oder Vollversicherungen heute Ersparnisse von bereits 1000 Milliarden Franken – deutlich mehr als das Schweizer Bruttoinlandsprodukt. Dieses Kapital soll nicht nur Erträge abwerfen, sondern es darf die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Ganzheitlich verstandene Vorsorge muss deshalb die Wirkung der Finanzanlagen auf Mensch und Umwelt umfassend einbeziehen.

Obwohl die Schweiz zu den innovativsten und wohlhabendsten Volkswirtschaften der Welt gehört, schneidet sie bei der Finanzierung von Start-ups nur unterdurchschnittlich ab. Um die Widerstandsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft sicherzustellen, ist ein Investitionsschub in den ökologischen Umbau unerlässlich. Die Versicherer können dabei mit ihrem enormen Anlagevolumen eine entscheidende Rolle spielen. Wenn sie beispielsweise nur ein Prozent ihres Anlageportfolios in Schweizer Venture-Capital-Finanzierungen investieren würden, die strengen Nachhaltigkeitskriterien genügen und damit neben einem finanziellen, auch einen volkswirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Mehrwert schaffen, wäre schon viel erreicht. Vorsorgeeinrichtungen würden dann nicht nur die Renten, sondern auch die Arbeitsplätze der Zukunft sichern.

Auch aufgrund klimafreundlicher Regulierungen wird es schon in naher Zukunft sowieso schwieriger werden, mit klimaschädlichen Anlagen und Geschäftsmodellen noch Geld zu verdienen. Und das Risiko, auf gestrandeten Anlagen sitzen zu bleiben, steigt. Wenn der geäusserte Führungsanspruch des Schweizer Finanzplatzes auch eingelöst wird, wird er zukünftig weiterhin eine internationale Relevanz haben. Banken, Versicherer und Vermögensverwalter sollten sich rasch auf den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft machen, wenn sie diesen Zug nicht verpassen wollen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79606.html>.
- 2 Vgl. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2021/08/IPCC_WGI-AR6-Press-Release_en.pdf.
- 3 Vgl. <https://www.greenpeace.ch/de/publikation/53979/klimaschaedliche-geschaefte/>.
- 4 Vgl. https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klima-Allianz_Schweiz_Masterplan-1.pdf.

Autoren



Gerhard Andrey
sitzt für die GRÜNEN Schweiz im Nationalrat und ist Mitglied der Finanzkommission.
© KEYSTONE / Alessandro della Valle



Raphael Noser
arbeitet als Fachsekretär für die GRÜNEN Schweiz und ist in dieser Funktion für die Wirtschaftspolitik zuständig.
© 2020 Benjamin Zumbühl